Pressemitteilung

Verband Queere Vielfalt

19.11.2016

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

Transgender Day of Remembrance

An die Opfer transphober Gewalt erinnern - für eine offene Geschlechterpolitik eintreten

Anlässlich des morgigen internationalen Transgender Day of Remembrance (TDoR) erklärt ***Gabriela Lünsmann, Sprecherin des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD):***

Am Transgender Day of Remembrance (TDoR) gedenken wir nicht nur all jenen, die Opfer transphober Gewalt wurden, sondern wir erinnern uns auch daran, dass Trans* in Deutschland immer noch massiven Diskriminierungen, Ausgrenzungen und einer anhaltenden Pathologisierung ausgesetzt sind. Zeitgleich ziehen besorgniserregende Bürger*innen, christlich-fundamentalistische Gruppierungen, flankiert von rechtspopulistischen Parteien gegen Menschen zu Felde, die nicht den eigenen bipolaren und heterosexistischen Geschlechterrollenbildern entsprechen. Auch in Deutschland gilt immer noch, wer Normvorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit in Frage stellt oder sich nicht eindeutig geschlechtlich verorten lässt, hat ein erhöhtes Diskriminierungsrisiko und wird häufiger Opfer von Gewalttaten. Homophobe und transphobe Gewalt und Diskriminierung sind auch immer ein offener Angriff auf die Grundprinzipien unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens. Akzeptanz, Mitmenschlichkeit, Vielfältigkeit und Offenheit – das sind die Werte, die unsere offene und pluralistische Gesellschaft prägen sollten. Deshalb sagen wir, Transphobie geht uns alle an!

Neben der Aufnahme von Homo- und Transphobie, in den in Überarbeitung befindlichen Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus, muss die Lebenssituation von Trans* auch durchgängig in die Antidiskriminierungspolitik einbezogen werden. Die vom Weltärztebund angestoßene Entpathologisierung muss auch in Deutschland Berücksichtigung finden. Menschen sind dabei zu unterstützen, geschlechtsangleichende Behandlungen vornehmen zu lassen. Gemeinsam mit dem Bundesverband Trans* fordern auch wir eine Reform des TSG mit einer einfachen Antragslösung, d.h. ohne entwürdigende Gutachtenverfahren.

Gleichzeitig ist die Sensibilisierung von Mitarbeitenden in den Bereichen Medizin, Psychologie, (Sozial-)Pädagogik, Recht und öffentliche Verwaltung fundamental für die Akzeptanz von transgeschlechtlichen Menschen. Eine zentrale Fachstelle für Trans* könnte niedrigschwellige Beratungs-/Sensibilisierungsangebote vorhalten und weiterentwickeln. Wir brauchen ebenso dringend eine bessere finanzielle Ausstattung der vorhandenen Selbsthilfestrukturen und auch die Erweiterung der Beratungsangebote, beispielsweise um das Thema „Kinderwunsch“.

Geschlechtliche Vielfalt muss darüber hinaus auch in den Bereichen Bildung, Integration, Kultur, Jugend- und Senior*innenarbeit sichtbar werden. Eine der Hauptursachen für Diskriminierung von Trans* ist immer noch mangelndes Wissen. Hinzu kommt die fehlende gesellschaftliche Sichtbarkeit. Diese Bildungslücke ist einer Gesellschaft mit einer Vielzahl von Hochschulen und einem hohen Bildungsniveau nicht würdig.

Hintergrund

Pressemitteilung

Informationen zum Thema Trans* [/recht/ratgeber/transgender.html]
Bundesverband Trans* [http://www.bv-trans.de/]

Der LSVD+ – Verband Queere Vielfalt e.V. ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).
Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.